

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

16. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

32. Sitzung am 28.04.2015
– Öffentliche Sitzung –

– Elektronische Fassung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:05 Uhr

Ende der Sitzung: 15:40 Uhr

Tagesordnung:

1. Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag zum Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 – Durch nachhaltiges Handeln auf dem Weg zu sozialer und globaler Gerechtigkeit
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/4515 –

dazu: Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 – Die Menschen informieren, einbeziehen, das Bewusstsein stärken und zum Mitgestalten auffordern

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/4550 –

dazu: Vorlagen 16/5145/5181/5182/5189

– Anhörverfahren –

2. Treffen der EU-Agrarminister
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/5136 –

Ergebnis:

Vertagt
(S. 4 – 26)

Abgesetzt
(S. 3)

Tagesordnung (Fortsetzung):

Ergebnis:

- | | |
|--|---------------------|
| 3. Deutschland erhält 350 Mio. für Asyl und Innere Sicherheit Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 16/5137 – | Abgesetzt (S. 3) |
| 4. Europäische Bürgerinitiative Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 16/5162 – | Abgesetzt (S. 3) |
| 5. EU schlägt globale Partnerschaft für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung vor Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 16/5170 – | Abgesetzt (S. 3) |
| 6. Situation der Roma in Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 16/5171 – | Abgesetzt (S. 3) |

ELEKTRONISCHE FASSUNG

Herr Vors. Abg. Weiner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Staatssekretärin Kraege.

Vor Eintritt:

Der Ausschuss beschließt

Punkt 2 der Tagesordnung:

Treffen der EU-Agrarminister
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/5136 –

Punkt 3 der Tagesordnung:

Deutschland erhält 350 Mio. für Asyl und Innere Sicherheit
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/5137 –

Punkt 4 der Tagesordnung:

Europäische Bürgerinitiative
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/5162 –

Punkt 5 der Tagesordnung:

EU schlägt globale Partnerschaft für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung vor
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/5170 –

Punkt 6 der Tagesordnung:

Situation der Roma in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/5171 –

von der Tagesordnung abzusetzen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag zum Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 - Durch nachhaltiges Handeln auf dem Weg zu sozialer und globaler Gerechtigkeit
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/4515 –

dazu: Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 - Die Menschen informieren, einbeziehen, das Bewusstsein stärken und zum Mitgestalten auffordern
Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/4550 –

dazu: Vorlagen 16/5145/5181/5182/5189

Herr Vors. Abg. Weiner: Meine Damen und Herren, ich begrüße zunächst einmal alle Anzuhörenden. Wir beginnen die Anhörung mit Frau Barbara Mittler, Geschäftsleitung ELAN e.V., Mainz. Es folgen dann Herr Klaus Jensen, Oberbürgermeister der Stadt Trier a.D., Herr Christoph Fuhrbach, Bischöfliches Ordinariat Speyer, sowie Frau Dr. Kirsten Wiese, Die Senatorin für Finanzen, Bremen.

Herr Manfred Huber, Geschäftsführer Recht der Handwerkskammern Koblenz, lässt sich entschuldigen. Seine schriftliche Stellungnahme liegt in der Vorlage 16/5182 vor. Den Schlusspunkt setzt die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Anwesend ist der zweite stellvertretende Vorsitzende des Gemeinde und Städtebundes, Bürgermeister Axel Haas. Allen Anzuhörenden ein herzliches Willkommen!

Wir beginnen nun mit der Anhörung zu dem Thema „Europäisches Jahr für Entwicklung 2015“. Schon aus der Überschrift der Anträge der Fraktionen geht hervor, dass es ein recht breites Anliegen ist. In den Anträgen kommen die Begriffe vor „nachhaltiges Handeln“, „soziale und globale Gerechtigkeit“, „die Menschen informieren und einbeziehen“, „das Bewusstsein stärken und zum Mitgestalten auffordern“. Ich glaube, dazu sollen diese Anhörung und die Befassung des Plenums in zwei Sitzungen dienen. Damit wird der Landtag seinen Beitrag leisten, dass das Bewusstsein der Menschen auch in diesem Punkt gestärkt wird.

Frau Barbara Mittler, Ihre schriftliche Stellungnahme liegt in der Vorlage 16/5181 vor. Sie werden hier eine Zusammenfassung vortragen. Wir haben uns auf zehn Minuten für den Vortrag verständigt, sodass noch fünf Minuten Zeit zur Verfügung stehen, um Fragen zu stellen, da wir die Tagesordnung etwas entrümpelt haben, sodass wir nicht im 10-Minuten-, sondern im 15-Minuten-Rhythmus die Anzuhörenden aufrufen.

Ich erteile Ihnen das Wort.

Frau Barbara Mittler
Geschäftsleitung ELAN e.V., Mainz

Frau Mittler: Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrte Frau Staatssekretärin! Ich freue mich sehr, dass der Ausschuss für Europa und Eine Welt entwicklungspolitische Themen auf die Agenda setzt, insbesondere natürlich jetzt im Jahr 2015, da dies ein sehr entscheidendes Jahr für die Entwicklungszusammenarbeit ist, zum einen, weil die EU das „Europäische Jahr der Entwicklung“ ausgerufen hat. Zum Zweiten ist es das Jahr, in dem Bilanz für die Millenniumsentwicklungsziele gezogen werden soll.

Vorweg möchte ich sagen, ich habe mich bei meiner Stellungnahme heute darauf konzentriert, Ihre Anträge zu kommentieren. Ich habe im Vorfeld dieser Anhörung viele Anliegen zugeschickt bekommen, die ich heute gar nicht alle vortragen kann.

15 Jahre nach Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele: Alle zehn Sekunden stirbt in der Welt ein Kind. Eine Katastrophe jagt die andere im Mittelmeer. Das ist nur der Anfang. Die Leute fliehen vor Krieg, vor Verfolgung, vor Armut und vor Hunger. Für mich ist es unbegreiflich, welche Verzweiflung dahinterstecken muss, wenn sich Menschen in ein Boot setzen, um zu uns zu kommen. Sie riskieren ihr Leben und das Leben ihrer Kinder.

Das Allerschlimmste für mich ist eigentlich – auch ganz persönlich –, dass wir zu dieser Katastrophe beitragen mit unserer Handels-, unserer Finanz-, unserer Wirtschaftspolitik und natürlich auch mit unserem ganz privaten Konsumverhalten. Wir legen Schweigeminuten ein – und es ändert sich nichts.

Jedes Jahr landen weltweit etwa 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. 28 % des weltweiten Ackerlandes werden genutzt, um Nahrung zu produzieren, die nie gegessen wird. 250 Kubikkilometer Wasser, was ungefähr dem fünffachen Volumen des Bodensees entspricht, werden verschwendet. Es geht hier um Böden, die vielleicht in den Ländern im Süden als Existenzgrundlage dienen könnten, die aber für den Anbau von Exportprodukten verwendet werden.

870 Millionen hungernde Menschen und 780 Millionen Menschen auf der Welt gibt es, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Die Menschen leben meistens in Afrika südlich der Sahara. Das sind zum Großteil auch Menschen, die zu uns flüchten.

Die internationale Staatengemeinschaft will global umsteuern und setzt dabei in ihrer Post-2015-Agenda insbesondere nicht mehr nur auf internationale Entwicklungsziele, sondern eben auch auf nationale und regionale Ziel. Der Landtag – das freut mich – möchte sich dem stellen, insbesondere auch mit solchen Dingen wie der Anhörung heute.

Ich möchte noch einmal ganz kurz ein paar Worte zur Entwicklungspolitik allgemein sagen. Es ist deshalb eine schweres Politikfeld, weil so viele verschiedene Dinge zusammenkommen, so viele Politikfelder gemischt werden. Deshalb traut man sich auch oft nur schwer daran, weil man einfach auf verschiedenen Ebenen Zusammenhänge zusammenstellen, analysieren, bewerten, strukturieren und dann auch noch dafür Sorge tragen muss, dass diese Politik Eingang in die allgemeine Tagespolitik findet.

Ich möchte Sie trotzdem ermutigen, dies auch künftig immer zu tun, und zwar solche Themen deshalb anzupacken, weil Entwicklungspolitik Friedenspolitik ist. Friedenspolitik ist natürlich ein großer Aspekt, um die Welt nachhaltiger und zukunftsfähiger zu gestalten.

Zwei Themen, die Sie in Ihren Anträgen ansprechen, gehen einen Schritt in diese Richtung. Zum einen sind es die ILO-Kernarbeitsnormen in der öffentlichen Beschaffung und zum anderen der Eingang der ILO-Kernarbeitsnormen im Bereich der Rahmengesetzgebung für Grabsteine.

Waren und Dienstleistungen in Höhe von 400 Milliarden Euro – 17 % des Bruttoinlandsproduktes – werden jährlich von der öffentlichen Hand beschafft. Dies bedeutet eine große Kaufkraft. Ich stelle mir vor, Rheinland-Pfalz würde Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die faire Arbeitsbedingungen und unabhängige Kontrollen garantieren. Menschen würden gerechtere Löhne bekommen, Existenzen

könnten gesichert werden. Chemische Stoffe würden vermieden werden, Arbeitsrechte müssten eingehalten werden.

Das ist für uns alle eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Für die Menschen im Süden ist es einfach letztendlich eine Verbesserung der Lebensbedingungen und ein Beitrag dazu, dass sie ihre Existenz sichern können.

Deutschland hat die UN-Kernarbeitsnormen mit ratifiziert. Jetzt ist es an der Zeit, sie umzusetzen, eine Vorreiterrolle einzunehmen und insbesondere auch gegenüber den Kommunen zu zeigen, wir setzen Zeichen, das Land bzw. die Landesregierung setzt Zeichen. Andere Bundesländer haben das bereits getan.

Zum Teil haben sie die Kernarbeitsnormen verpflichtend eingeführt, insgesamt für alle Produkte, zum Teil für einzelne Produktgruppen. Deshalb möchten wir Sie jetzt erneut darin bestärken, dies auch zu tun und zu prüfen, ob die Einhaltung sämtlicher Kernarbeitsnormen für die Landesregierung Rheinland-Pfalz verbindlich umgesetzt werden kann.

Ich komme kurz zu dem Thema der Grabsteine. Die Grabsteine kommen vielfach aus China und Indien. Das Problem ist im Moment nicht mehr unbedingt, dass Kinder in diesen Steinbrüchen Grabsteine abhauen, sondern es tun die Erwachsenen, das zumeist in Schuldknechtschaft. Das heißt, zwei Drittel der Frauen, die das tun, oder auch der Männer arbeiten in Schuldknechtschaft. Die Kinder sitzen am Rand vom Steinbruch und hauen oftmals Schotter, oder sie arbeiten auch außerhalb des Steinbruchs, insbesondere dann, wenn die Medien kommen. Da muss etwas getan werden.

Das sind die Lebensbedingungen der Menschen in den Steinbrüchen, die verbessert werden müssen. Von daher ist es unserer Meinung nach sehr wichtig, dass nicht nur § 182 der ILO-Kernarbeitsnormen greift, da es Erwachsene sind, die in den Steinbrüchen arbeiten, sondern dass auch die ILO-Kernarbeitsnormen als Gesamtes angewendet werden müssen.

Zu diesen zwei Punkten – ILO-Kernarbeitsnormen in der öffentlichen Beschaffung und auch in der Rahmengesetzgebung für Grabsteine – kommt hinzu, dass man die Kommunen und vielleicht auch die Landesregierung selbst nicht alleine lassen kann. Es muss eine Servicestelle eingerichtet werden, einfach, um die Akzeptanz zu stärken, und auch, um zum Beispiel die Kommunen zu beraten und fortzubilden, Leitfäden zu erstellen, Unternehmerdialoge anzustoßen. Die Umsetzungen und gesetzlichen Grundlagen müssen evaluiert werden, Erfolge sichtbar gemacht werden. Standards müssen entwickelt und geprüft werden, und insbesondere muss der Dialog zwischen all den Beteiligten im Bereich der Grabsteine gefördert werden, zum Beispiel zwischen Land, Kommunen, Steinmetzen, Steinmetzinnungen und vor allem auch der Bürger und der Privatkonsumenten.

Wir haben uns überlegt, wie künftig solche Beschlüsse und Gesetze in Rheinland-Pfalz ressortübergreifend im Vorfeld auf ihre globale Verträglichkeit und Nachhaltigkeit überprüft werden. Vorstellbar wäre – vielleicht ähnlich dem Demografiekabinet – ein Zukunftskabinet, das von der Ministerpräsidentin einberufen würde, mit einem Beirat aus Vertretern der Zivilgesellschaft und aller anderen Gesellschaftsgruppen.

Die Ergebnisse aus diesem Zukunftskabinet könnten in die Nachhaltigkeitsstrategie einfließen. Dort könnten entsprechende Aspekte verankert und dokumentiert werden. Auf der Arbeitsebene wäre ein interministerielles Netzwerk ganz wichtig. Das heißt, es muss in den einzelnen Ministerien und einzelnen Ressorts Verantwortliche geben, die aber auch diese Aspekte mit an die Basis des Ministeriums tragen.

In Ihren Anträgen erwähnen Sie die Zivilgesellschaft als einen wichtigen Partner. Wir begrüßen diese Absicht aller Fraktionen, die zivilgesellschaftlichen Akteure zu unterstützen. Nachhaltige Entwicklung bzw. SDGs – das sind die Nachhaltigkeitsziele, die ab 2015 gelten sollen – müssen konsequent in die Öffentlichkeit gebracht werden, das in gemeinsamer Verantwortung von Landtag, Landesregierung, Kommunen und natürlich auch der Zivilgesellschaft. Letztlich stellen wir mit dem Beharren auf einem nicht nachhaltigen Lebensstil selbst ein Zukunftshindernis dar.

Rheinland-pfälzische Nichtregierungsorganisationen und die Kirchen im Land tragen entscheidend dazu bei, die Entwicklungszusammenarbeit im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. Sie geben entscheidende Anstöße für gesellschaftliche Diskussionen. Sie geben den Menschen eine Stimme, die keine eigene Stimme haben. Sie verfügen über Strukturen und Netzwerke, und sie besitzen vor allem auch Fachkompetenz für weltweit wichtige Arbeit. Sie arbeiten in Partnerländern direkt mit den Menschen vor Ort zusammen. Im Land leisten sie entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Zivilgesellschaftliche Akteure haben eine Vielzahl von Bildungsformaten entwickelt, die Zusammenhänge zwischen dem eigenen Alltag und globalen Fragen herstellen. Bürger müssen über Ursachen informiert werden. Am Beispiel der jetzigen Flüchtlinge vor Ort müssen die Bürger doch verstehen, warum Menschen überhaupt flüchten, warum sie hier Asyl brauchen. Denn nur, wenn die Menschen verstehen, wird auch Konflikten vorgebeugt, und ein friedvolles Zusammenleben ist vor Ort in den Kommunen möglich.

Die auch für Deutschland gültigen Ziele einer Post-2015-Agenda im Bildungsbereich müssen Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie auf Bundes- und Landesebene werden. Eine zivilgesellschaftliche Expertise ist unseres Erachtens unbedingt einzubeziehen.

Vor all diesen Hintergründen ist es notwendig, zivilgesellschaftliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Bildungsarbeit zu stärken. Ein wichtiges Beispiel, wie es möglich ist, wie Land und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten können, ist das Promotorenprogramm, was von Land und Bund finanziert wird. Das Programm ist ein wichtiger Schritt, um angemessen auf unterschiedliche globale Herausforderungen zu reagieren und auf unterschiedlichen Ebenen globale Verantwortung sowie bürgerschaftliches Eine-Welt-Engagement zu fördern. Ehrenamt braucht Hauptamt. Das Hauptamt stärkt, koordiniert und begleitet.

Bundesweit gibt es im Moment 80 Promotoren, die globale Entwicklungsziele voranbringen. Sie fördern bei breiten Bevölkerungsschichten ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten für nachhaltige Entwicklung.

Die flächendeckende Präsenz solcher Promotoren stärkt die Region und den ländlichen Raum, und dort das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Rheinland-Pfalz selbst hat zwei solcher Stellen eingerichtet. Es sind zwei Promotorinnen, eine für globales Lernen im Schulbereich und eine Fachstelle für Umwelt und Entwicklung.

Beide Promotorinnen haben sich zu Bindegliedern zwischen der Landesregierung und der Zivilgesellschaft entwickelt. Es werden gemeinsame Programme konzipiert, Projekte umgesetzt. Mit diesen Programmen könnten zukünftig auch weitere Promotoren zu den Themen Menschenrechte, Migration, Partnerschaften, internationale Kooperation oder Zusammenarbeit im Rohstoff- und Energiesektor arbeiten. Sie könnten diese Themen in der Fläche verankern und Verständnis und Handlungsoptionen dafür aufzeigen. Also möchten wir Sie ganz herzlich darin bestärken, dieses Programm auch künftig zu unterstützen, auszuweiten und damit auch in Rheinland-Pfalz in die Fläche zu bringen.

Landesweit sind 1,34 Stellen vorhanden. Das sind zwei Personen, die jeweils zu 67 % arbeiten. Ich glaube, sogar Bremen hat mehr Promotoren, Frau Wiese. Nordrhein-Westfalen hat 23 Stellen. Das ist also in Rheinland-Pfalz sehr wenig.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung jedenfalls hat das Potenzial dieses Programms erkannt und hat die Fortführung und Ausweitung dieses Programms auch in Zukunft in Aussicht gestellt.

Ich habe meine Zeit etwas überschritten, bedanke mich aber sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute Beratungen.

Danke schön.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Weiner: Herzlichen Dank. Gibt es direkt Fragen zu dem Vortrag?

Herr Abg. Seekatz: Ich schlage vor, dass wir zunächst alle anhören und anschließend die Fragen stellen.

Herr Abg. Klöckner: Ich halte den Vorschlag auch für besser.

Herr Vors. Abg. Weiner: Gut, dann werden wir so verfahren. Vielleicht ergibt sich die eine oder andere Antwort durch die weiteren Vorträge.

Als nächstem Redner erteile ich daher nunmehr Herrn Jensen das Wort.

ELEKTRONISCHE FASSUNG

Herr Klaus Jensen
Oberbürgermeister der Stadt Trier a.D.

Herr Jensen: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Frau Staatssekretärin, meine Damen und Herren! Als ich eingeladen worden bin, habe ich ein bisschen überlegt, vor welchem Hintergrund dies geschah. Die Frage, was an Entwicklungspolitik und an Entwicklungszusammenarbeit über Kommunen möglich ist, hat sicher eine große Rolle gespielt.

Ich möchte allerdings auch anmerken, dass mich persönlich dieses Thema fairer Handel seit 40 Jahren beschäftigt. Ich möchte jetzt heute in den zehn Minuten den Blick einmal darauf lenken, was Kommunen tun können, aber vor allen Dingen möchte ich den Zusammenhang deutlich machen, dass das große Potenzial, diese Themen kommunal zu behandeln, nur mit entsprechender Unterstützungsstruktur auf Landesebene und auf zivilgesellschaftlicher Ebene ausgeschöpft werden kann. Ich werde dazu zum Schluss zwei bis drei Anregungen machen.

Zum Thema selbst: Der Vorsitzende hat darauf hingewiesen, wie breit es ist. Man muss einiges herausgreifen, was ich auch machen möchte, und zwar vor dem Hintergrund dessen, was Frau Mittler sehr anschaulich durch einige Zahlen deutlich gemacht hat. Die Tatsache, dass Sie sich als Ausschuss damit beschäftigen, nehme ich zum Anlass, darauf nicht näher einzugehen. Sie sind aus gutem Grund motiviert. Dazu haben wir eben Einiges gehört.

Wenn wir von Nachhaltigkeit, von Entwicklungszusammenarbeit und den damit zusammenhängenden Zielen reden, müssen wir uns immer vergegenwärtigen, dass das eine Aufgabenstellung ist, die alle betrifft. Das ist nicht nur der Bund, das ist nicht nur das Land, das sind nicht nur die Kommunen oder die Kirchen, das sind alle Bürgerinnen und Bürger über ihren Konsum, über ihr Engagement oder Nichtengagement usw. Vor allem ist es auch in vielerlei Hinsicht die Wirtschaft als diejenige, die produziert, die handelt. Diese spielt hier eine ganz wichtige Rolle.

Auf der kommunalen Ebene gibt es so viele Berührungspunkte, dass ich sie in der Kürze der Zeit gar nicht alle nennen kann. Ich möchte es nur stichwortartig nennen, weil eben auch richtigerweise von Nachhaltigkeit und Frieden und den Zusammenhang davon die Rede war. Ich sage ganz deutlich, Energiepolitik bestimmt heute und in den nächsten Jahren die Friedensfrage wie kaum eine andere; denn über die Energiepolitik wird das Thema Klimawandel mit bestimmt, und über das Thema Klimawandel Flüchtlingsströme, Nahrungsmittelproduktion usw. Da sind natürlich die Kommunen über die Stadtwerke gefragt. Wir haben das in Trier mit zahlreichen Initiativen in Richtung Energiewende unterstützt, vor allen Dingen eben auch mit dieser Intention. Fragen der Mobilität spielen mit hinein und auch die in den Anträgen konkret aufgegriffene Frage der Beschaffung.

Wie viele andere Städte auch, haben wir natürlich, um eine gewisse Systematik in kommunales Handeln hineinzubringen, Beschlüsse gefasst, die wichtig sind als Zeichen an die Bevölkerung. Ich nenne beispielsweise, wir haben als Stadtrat einen einstimmigen Beschluss zu den Millenniumszielen, einen einstimmigen Beschluss Klimaschutzstadt, Fair-Trade-Stadt zu sein gefasst und auch das Thema nachhaltige Beschaffung mit diversen Stadtratsbeschlüssen entsprechend untermauert.

Gestützt wird dieses kommunale Handeln im Stadtrat von einer sogenannten entwicklungspolitischen Szene. Das sind in Trier ungefähr 40 bis 45 Gruppen, Eine-Welt-Laden, das sind aber auch Schulen, Partnerschaftvereine usw. Es gibt allein zum Thema Ruanda sechs Initiativen in der Stadt, usw. Ich möchte damit nur andeuten, dass sich das Ganze in wechselseitiger Beziehung zwischen kommunaler Aktivität aus dem Rat heraus und der entwicklungspolitischen Szene befruchtet.

Damit man erfolgreich arbeiten kann, braucht man entsprechende minimale Strukturen. Diese Nachhaltigkeit muss verankert werden, einmal durch immer wiederkehrende, der neuen Situation angepasste Beschlüsse des Rates, das ist ganz klar, denn danach muss sich Verwaltung orientieren. Wir haben dann aber auch eine Stabsstelle beim Oberbürgermeister eingerichtet, die sich mit den Nachhaltigkeitsthemen, wie wir sie heute auf der Tagesordnung haben, und Beteiligungsformen der Bürgerschaft, wie Bürgerhaushalt zum Beispiel, beschäftigt.

Ich möchte ein Drittes nennen. In der Stadt gibt es einen Lenkungsausschuss. Das hat etwas mit Fair-Trade-Stadt zu tun, der – darauf komme ich gleich noch, wenn ich auf die Landesebene zu sprechen

komme, – eine ganz große Bedeutung hat. Es ist ein Lenkungsausschuss, der aus Politik, Wirtschaft, entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, Verbraucherzentrale usw. besteht und zweimal im Jahr die Nachhaltigkeitsgeschehnisse in der Stadt Trier gemeinsam miteinander berät.

Es gibt darüber hinaus eine Arbeitsgemeinschaft zur Beschaffung, einmal verwaltungsintern. Wir haben fast 1.800 Beschäftigte. Da gibt es viele, die von diesem Thema berührt sind. Es gibt aber auch eine Arbeitsgruppe auf lokaler Ebene, die sich aus einem sogenannten Behördenleiterstammtisch heraus gebildet hat. Dort kommen Verwaltungschefs und -chefinnen aus der Stadt regelmäßig zusammen, um bestimmte Themen zu erörtern. Daraus erwuchs dann auch die Einrichtung einer besonderen AG.

Kern der gesamten Struktur ist die Mitfinanzierung bzw. wesentliche Finanzierung der lokalen Agenda 21 in Trier als Schaltstelle zwischen Verwaltung, Kommune, anderen Behörden und der Bevölkerung und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Das spielt eine ganz große Rolle. Warum sage ich das hier? Das ist eigentlich eine Rede, die an den Städtetag, Landkreistag – diese habe ich dort auch gehalten – und an den Städte- und Gemeindebund gehen sollte. Ich sage deshalb, weil das, was ich jetzt auf der kommunalen Ebene geschildert habe, nur funktioniert, weil wir Unterstützung durch das Referat Entwicklungszusammenarbeit erfahren – Frau Dr. Stein ist unter uns –, bezogen auf das Ruanda-Thema geht das noch einmal gesondert, natürlich auch durch das Ministerium und den Verein, und durch ELAN e.V. Das Landesnetzwerk spielt eine große Rolle in Rheinland-Pfalz, was den Austausch von Ideen, die Beratung usw. anbelangt.

Welche Erwartungen formuliere ich im Hinblick auf ein von uns allen sicherlich gewünschtes hohes Niveau nicht nur mit dem Thema Beschaffung, sondern aller artverwandten Themen? Frau Mittler ist darauf eingegangen, wir brauchen eine gesetzliche Regelung zur Umsetzung der ILO-Normen. Wenn man mit Vertreterinnen und Vertretern der betreffenden Länder und engagierter Organisationen vor Ort spricht – Indien und China sind genannt worden, es können auch andere Länder genannt werden –, ist es nicht vermittelbar, warum wir uns auf das Thema Kinderarbeit beschränken, so wichtig das ist, wenn gleichzeitig erwachsene Menschen – ich belasse es einmal bei dem Wort – täglich leiden müssen.

Was damit alles zusammenhängt, können Sie sich vorstellen: faire Arbeitsbedingungen für alle. Wenn wir unseren eigenen Anteil durch faire Beschaffung glaubhaft machen wollen, dann muss sich das auf alle Altersgruppen beziehen, auf alle Menschen, die irgendwie arbeiten. Der Hinweis ist gekommen. Wir haben die ILO-Normen ratifiziert. Wir müssen sie umsetzen. Das ist ähnlich wie bei der Inklusion und anderen Dingen, die von Europa oder von den Vereinten Nationen gekommen sind.

Das ist in der Praxis gar nicht so einfach. Wir praktizieren das und versuchen das seit Jahren zu praktizieren. Das heißt, wir brauchen dazu entsprechende Beratungsangebote. Die Veranstaltungsreihe „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein“ ist ganz notwendig und muss fortgesetzt werden. Wenn wir dann noch Normierungen, Verordnungen und Gesetze bekommen, die das Ganze unterstreichen sollen, dann ist das mit dem derzeitigen Potenzial nicht zu machen. In allen 36 Gebietskörperschaften – Landkreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Städten –, diese Kompetenz vorzuhalten, wäre völlig unwirtschaftlich und ist auch nicht möglich.

Frau Mittler hat das Promotorenprogramm genannt. Das wäre eine gute Gelegenheit, gerade zu diesem Thema die personelle Kapazität zu schaffen, damit wir in die Lage versetzt werden, auch die Unterschiede, die es kommunal gibt, ein Stückweit anzugleichen. Als ehemaliger Vorsitzender des Städtetages weiß ich um das unterschiedliche Niveau von Engagement auch in den einzelnen Kommunen. Das können wir nicht alleine. Da bitten wir – – Ich sage immer noch „bitten wir“. Ich bin seit drei Wochen überhaupt kein Oberbürgermeister mehr.

Wir müssen also sehen – ich meine damit die kommunale Gemeinde insgesamt –, dass wir in die Lage versetzt werden, ein entsprechendes ausgleichendes Niveau zu erreichen.

Meine zehn Minuten Redezeit sind gleich herum. Daher will ich die Bedeutung des Lenkungsausschusses nur mit einem Satz umschreiben. Ich habe das eben für die kommunale Ebene beschrieben. Wir brauchen so etwas auf Landesebene. Das ist ganz dringend. Ich bin niemand, der gerne Gremien schafft, im Gegenteil. Ich habe in Trier ganz viele abgeschafft. Aber wir brauchen ein Gremium aus

32. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 28.04.2015
– Öffentliche Sitzung –

Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, verschiedener Ministerien, auch des Innenministeriums – aber nicht nur –, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, ELAN, Kirchen, Gewerkschaften, alle, die mit diesem Thema zu tun haben, das im Vorfeld – es reicht, wenn man sich ein- bis zweimal im Jahr trifft – die Fragestellungen und die Zielkonflikte herausarbeitet, damit die Dinge nachher nicht über die Öffentlichkeit ausgetragen werden, sondern man einen gemeinsamen Aktionsradius nicht nur auslotet, sondern die Dinge auch gemeinsam tut.

Wir haben in Trier – ich weiß das von anderen Orten auch – sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Vor ein paar Jahren hätte man noch gesagt, da kommen Nadelstreifen und Latzhose zusammen. Da haben sich die Dinge umgekehrt. Heute laufen die Milliarden nicht nur aus dem Silicon Valley in der Latzhose herum. In Eine-Welt-Läden findet man gelegentlich schon einmal einen Anzug. Die Stärkung von Kooperationen, Ideenbörse, aber vor allen Dingen Umsetzung von Normen, was uns in den nächsten Jahren sehr fordern wird, durch gemeinsame Initiativen, halte ich für ganz wichtig.

Es passiert viel in Rheinland-Pfalz. Wir können wirklich stolz über die Zahl der Aktivitäten sein, über die Programme usw. Aber das Potenzial ist viel größer. Um das zu heben, darf ich Sie alle herzlich, aber auch eindringlich bei diesem wichtigen Thema bitten, die Ressourcen für Beratung und Koordination an den eben genannten Stellen auszubauen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Weiner: Herzlichen Dank. Da war gleich eine konkrete Anregung dabei.

Der dritte in der Runde ist Herr Christoph Fuhrbach vom Bischöflichen Ordinariat Speyer. Eine schriftliche Stellungnahme liegt uns vor – Vorlage 16/5189 –.

Herr Christoph Fuhrbach
Bischöfliches Ordinariat Speyer

Herr Fuhrbach: Das hört sich kompliziert an. Das ist das Bistum Speyer an sich. Dort arbeite ich im Referat Weltkirche. – Einen schönen guten Tag auch von meiner Seite Ihnen allen, die Sie im Ausschuss mitarbeiten. Ich denke, da Sie im Ausschuss für Europafragen und eine Welt sind, sind Sie in den Fragen natürlich alle drin.

Sie kennen alle bestens die globalen Herausforderungen, denen wir uns als Weltgemeinschaft zu stellen haben. Mich schockieren immer die Zahlen, die Sie alle kennen, von 25.000 Hungertoten jeden Tag, von knapp einer Milliarde, also jedem achten Menschen, der auf unserer Erde lebt, der nicht einmal genug Nahrung zur Verfügung hat, die große Herausforderung des Klimawandels, die uns alle noch Jahrzehnte beschäftigen wird, und der Welthandel, der für viele Menschen in vielerlei Hinsicht einfach ungerecht aufgebaut ist.

Das ist alles natürlich sehr abstrakt. Ich denke, gerade wenn Sie in diesem Ausschuss sind, werden Sie sicher schon die eine oder andere Reise gemacht haben und bei all dem, was Sie so hören, diese Gedanken mit ganz konkreten Menschen verbinden. Ich möchte Ihnen trotzdem drei Personen nennen, die als Beispiel für viele Millionen andere Menschen in ganz ähnlichen und vergleichbaren Situationen stehen. Es sind nämlich strukturelle Probleme, die sich aber in ganz konkreten Lebensschicksalen äußern.

Zunächst eine Frau aus Paraguay mit dem Namen Peralta: Sie ist Landwirtin und hatte ein ganz kleines Stück Land, mit dem sie für ihre Familie gesorgt und Subsistenzlandwirtschaft betrieben hatte. Dieses Stück Land wurde von multinationalen Konzernen aufgekauft. Sie hatte nur die Möglichkeit, mit ihrer Familie – wie alle anderen auch – ihr Land zu verlassen und damit auch ihre Lebensgrundlage, was ihr zum Teil erst so richtig bewusst wurde, als sie von dort fort waren und am Rande des Slums in der nächsten Großstadt gelebt haben. Sie haben gemerkt, dass sie eigentlich keine Lebensgrundlage mehr haben. Dort leben sie jetzt mehr schlecht als recht und von der Hand in den Mund. Die Kinder können nicht mehr in die Schule gehen, und damit setzt sich der Teufelskreis fort. Ein Beispiel.

Beispiel zwei handelt von einem Mann aus den Philippinen mit dem Namen Damaso. Dieser Mann hat wie alle Fischer vor Ort große Veränderungen zweierlei Gestalt erleben müssen. Bis vor ein paar Jahren konnten sie mit ihren kleinen Fischerbooten genug Fische für ihren Unterhalt und zum Verkauf auf dem lokalen Markt fangen.

Zum einen sind die Philippinen jedoch – wir hören es bei uns immer einmal wieder – schon jetzt besonders vom Klimawandel betroffen, mit den immer stärker werdenden Taifunen, die natürlich gerade die Fischer an der Küste massiv treffen. Allein schon ihre Hütten haben den Taifunen kaum etwas entgegenzusetzen. Zum zweiten gibt es inzwischen auch auf den Philippinen große internationale Fischkutter, die die Fischgründe leer fischen, sodass für die lokalen Fischer kaum noch etwas übrig bleibt.

Das dritte Beispiel ist mir erst vor kurzem begegnet. Ein Mann aus Guatemala mit dem Namen Lorenzo arbeitet auf einer Kaffeeplantage und hat den ganzen Tag nichts anderes zu tun, als den Kaffee zu bearbeiten. Er kann ihn aber selbst nicht trinken, nicht, weil sein Magen ihn nicht verträgt, sondern schlicht und einfach, weil der Kaffee dort in den Export geht.

Es gibt acht Qualitätsnummern, also von eins bis acht. Güteklasse eins und zwei gehen in den Export, und für die Menschen vor Ort bleiben nur noch die Qualitätsstufen sieben und acht. Das ist nicht nur beim Kaffee und nicht nur in Guatemala so, sondern auf der Bananenplantage, auf den Philippinen und in vielen, vielen anderen Bereichen ganz genauso.

Was heißt das für uns? Wir sind, ob wir es wollen oder nicht, ob wir es wissen oder nicht, in all diese Dinge massiv verstrickt. Das beginnt mit den Agrartreibstoffen; denn Peralta in Paraguay musste fort, damit dort Soja angebaut werden kann. Dieser ist für die Tierhaltung in der nördlichen Hemisphäre bestimmt, damit es mehr Fleisch für uns geben kann und wir unserem Treibstoff Agrartreibstoffe beimischen können.

Wenn man an den Fischer auf den Philippinen und in vielen anderen Regionen denkt, betrifft es besonders auch das große Thema Klimawandel. Wir wissen alle, wir in den Ländern des Nordens sind die Mitverursacher des Klimawandels in ganz besonderer Art und Weise. Wir können uns aber am besten dagegen wappnen. Gerade die Menschen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, können am wenigsten dagegen tun und sind ihm am stärksten ausgesetzt.

Ganz schlicht: Unser ökologischer Fußabdruck – das Konzept kennen Sie alle – ist ungefähr viermal so groß, wie er sein dürfte, damit wir ihn globalisieren könnten.

Der Welthandel ist ungerecht. Freier Handel wird nicht zu einem fairen Handel führen, der gerade auch für die Ärmsten da ist. Es braucht deutlich mehr Leitplanken, die ich – zumindest im Moment – in den Abkommen, ob sie CETA, TTIP oder TiSA heißen, nicht unbedingt erkennen kann.

Für uns stellt sich unter anderem die Frage: Wir können wir leben? Wie können wir, auch in Rheinland-Pfalz, so leben, dass wir nicht auf Kosten von anderen leben, dass alle Menschen gut leben können? Was braucht es für uns und Menschen anderswo, damit sie gut leben können? Dazu brauchen wir sicher noch viel mehr Diskussionen, auch für unser Leben. Klar ist aber, bei uns braucht es ein anderes Lebensmodell.

Stichworte – ganz schlicht – können sein: Entschleunigung, Postwachstum, andere Produktions- und Konsumsformen.

Ich habe vergessen, auf die Uhr zu schauen. Können Sie mir sagen, wie viel Zeit ich noch habe?

Herr Vors. Abg. Weiner: Sie haben noch 2 Minuten.

Herr Fuhrbach: In Ordnung. Ich habe Ihnen die Stellungnahme vorher zugeschickt, von daher kürze ich jetzt ab. – Was kann Rheinland-Pfalz tun?

Zum ersten – das ist natürlich ein alter Hut –: global denken, regional handeln. Was heißt das? Natürlich kennen wir das alle und wissen, was damit gemeint ist. Was heißt das aber ganz konkret? Ich glaube, es heißt unter anderem, dass unser Handeln und unser Leben globalisierbar sein müsste.

Als Beispiel nenne ich den ökologischen Fußabdruck. Eigentlich müssten wir unseren Ressourcenverbrauch um 75 % reduzieren, auch in Rheinland-Pfalz. Das gilt natürlich genauso für den sozialen Fußabdruck. Sehr ausführlich – zweimal – sind die Beschaffungsmaßnahmen schon genannt worden. Ich denke, dort braucht es ganz klare Richtlinien, die über das Bisherige noch deutlich hinausgehen, sowohl in Land, Kommunen als auch anderswo.

Das Wichtigste an sich fände ich – und ich finde es sehr interessant, dass das schon zweimal genannt wurde, es scheint wirklich ein ganz großes Problem zu sein –: Wie kann es gelingen, dass wir in diesem Politikfeld kohärenter handeln können? Es gibt nämlich immer wieder ganz viele Reden, die sehr schön sind, alles absolut richtig sagen, die Nachhaltigkeit betonen und dass wir anders und im Einklang mit der Natur leben müssten, auch, um andere nicht mehr zu schädigen.

Gleichzeitig gibt es aber viele andere Vorhaben, die umgesetzt werden, die diesen Ideen vollkommen widersprechen. Kohärentes Handeln wäre notwendig. Die Frage ist: Mit welchem Mechanismus könnten wir dort hinkommen? Es sind schon Anregungen deutlich benannt worden, und ich möchte mich dem anschließen.

Ich glaube, wenn wir zu einem solchen Mechanismus kämen, wäre das – zumindest aus meiner Perspektive – ein echter Quantensprung. Ich glaube auch, dass das Land Rheinland-Pfalz damit Vorreiter für andere Bundesländer und vielleicht auch andere Regionen sein könnte. Ich wüsste nämlich von einem solchen Mechanismus in diesem Themenbereich bundesweit und darüber hinaus nicht.

Zuletzt wünsche ich mir, dass von Rheinland-Pfalz Anstöße zu anderen Ebenen ausgehen, sei es über den Bundesrat oder die EU-Vertretung, zu den Ebenen, die noch mehr mit diesem Thema zu tun haben.

Danke schön.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Weiner: Herzlichen Dank. – Jetzt kommt etwas Abwechslung ins Programm. Der Laptop ist schon hochgefahren, und wir hören Frau Dr. Kirsten Wiese mit einer kleinen PowerPoint-Präsentation. Bitte schön.

ELEKTRONISCHE FASSUNG

Frau Dr. Kirsten Wiese
Die Senatorin für Finanzen, Bremen

Frau Dr. Wiese: Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Einladung. Ich bin Referentin bei der Senatorin für Finanzen in Bremen und dort unter anderem schon seit einigen Jahren für die Reform der öffentlichen Beschaffung in Bremen zuständig, weshalb ich vor allen Dingen zu diesem Punkt in Ihren Anträgen Stellung nehmen werde.

(Frau Dr. Wiese unterstützt ihren Vortrag mithilfe einer PowerPoint-Präsentation.)

Ich bin Juristin, weshalb ich im Schwerpunkt auf juristische Punkte eingehen werde, da Sie die Prüfung einer entsprechenden rechtlichen Regelung in Ihrem Antrag vorschlagen. Ich möchte am Ende – das findet sich in den Folien aber noch nicht wieder – einige Worte zu den Friedhofsgesetzen und dem Verbot von Steinen aus Kinderarbeit, aber auch zu Ihrem Punkt, dass in Handelsabkommen die Verankerung der Einhaltung von ILO-Normen eingespist wird, sagen.

Zunächst zu dem EU-rechtlichen Rahmen für die Verankerung von Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation in einem Landesgesetz: Die EU hat das schon seit 2004 in einer Vergaberichtlinie erlaubt. Sie hat die entsprechende Richtlinie im letzten Jahr überarbeitet und wieder gesagt, dass es den öffentlichen Auftraggebern in der EU erlaubt sei, bei jedem öffentlichen Auftrag die Einhaltung bestimmter sozialer Kriterien und der ILO-Kernarbeitsnormen zu verlangen.

Ich gehe davon aus, dass Ihnen allen diese Kernarbeitsnormen geläufig sind. Das ist jedenfalls das Regelwerk der Internationalen Arbeitsorganisation, das für alle Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation gilt, unabhängig davon, ob sie diese Norm ratifiziert haben oder nicht. Die Inhalte sind: keine ausbeuterische Kinderarbeit, das Recht, Gewerkschaften zu gründen, keine Zwangsarbeit und die Gleichbehandlung von Männern und Frauen.

Die neue EU-Vergaberichtlinie ist bis 2016 in nationales Recht umzusetzen. Im Bundesrecht haben wir die Norm schon jetzt im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Sie erlaubt es, dass bei Auftragsausführungen zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer und -nehmerinnen gestellt werden können, die soziale Aspekte betreffen, umweltbezogene Aspekte auch, diese lasse ich hier aber aus, da es im Schwerpunkt um die ILO-Kernarbeitsnormen gehen soll.

Die Mindestanforderung an eine solche Verankerung von ILO-Kernarbeitsnormen als Vergabekriterien sind, dass alle Bieter und Bieterinnen gleich behandelt werden, diese Anforderungen in der Ausschreibung transparent gemacht werden müssen und der Auftraggeber keine unverhältnismäßigen Anforderungen stellen darf. Außerdem darf die Einhaltung von ILO-Kernarbeitsnormen immer nur im Zusammenhang mit dem konkreten Auftrag gefordert werden.

Zuletzt hat das OLG Düsseldorf im letzten Jahr zum nordrhein-westfälischen Vergabegesetz geurteilt, und zwar zu genau dem Punkt, dass bei einer Ausschreibung in Ausführung des nordrhein-westfälischen Gesetzes die Einhaltung von ILO-Normen verlangt worden ist. Das OLG Düsseldorf hat damals gesagt, so, wie es in der Ausschreibung verankert worden ist, geht es nicht. Dort sind die sozialen Kriterien nämlich als Eignungskriterien verankert worden.

Aus diesem Urteil, das ich hier zitiere – weil es bundesweit viel besprochen worden ist –, ergibt sich aber nicht, dass sie gar nicht berücksichtigt werden dürfen, sondern sie dürfen nur an einer bestimmten Stelle in der Ausschreibung verlangt werden.

Zu Rheinland-Pfalz: So, wie ich Ihre Rechtssituation gerade erkennen kann, ist es bislang nur optional, die Kernarbeitsnormen in öffentlicher Auftragsvergabe zu verlangen, bis auf die Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit. Dort gibt es durch einen Erlass eine entsprechende Verpflichtung, die sich allerdings nur an Landesauftraggeber richtet und den kommunalen Auftraggebern lediglich empfiehlt, entsprechend zu verfahren.

Wie machen wir es in Bremen? In Bremen haben wir seit 2009 ein entsprechendes Vergabegesetz, das ebenso wie hier die Einhaltung von Mindestlöhnen und darüber hinaus die Berücksichtigung von

Kernarbeitsnormen vorsieht. Dieses Gesetz ist für die Kernarbeitsnormen 2011 durch eine Rechtsverordnung konkretisiert worden. Seit 2011 haben wir auch ein Rundschreiben an alle öffentlichen Auftraggeber in Bremen mit Mustervertragsbedingungen zu diesen Kernarbeitsnormen geschickt.

Unser Gesetz zum Mindestlohn sagt – und ich denke, dass das ähnlich wie in Rheinland-Pfalz ist –, wir sehen einen Mindestlohn von 8,80 Euro vor, sodass dieses Gesetz auch weiterhin Anwendung findet, weil es über den bundesweiten Mindestlohn hinausgeht.

Wir sind von dem EuGH-Urteil aus dem letzten Jahr – oder Anfang dieses Jahres – zu Nordrhein-Westfalen nicht betroffen, weil wir sowieso im Gesetz vorgesehen haben, dass der Mindestlohn dann nicht gilt, wenn der Auftrag grenzüberschreitenden EU-Bezug hat. Ich weiß, dass zu Rheinland-Pfalz, zu Ihrem im Gesetz verankerten Mindestlohn, eine Entscheidung noch aussteht.

Dann haben wir einen § 18 Abs. 1, der ähnlich wie in Hamburg oder, ich meine, in Nordrhein-Westfalen lautet. Das heißt, dass soziale, innovative und umweltbezogene Anforderungen gestellt werden können. Bei den ILO-Normen haben wir außerdem folgende Verpflichtung: Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen ist darauf hinzuwirken, dass die Waren, die Gegenstand der Leistung sind, in Einklang mit den ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt worden sind. Zugleich müssen auch Umwelteigenschaften berücksichtigt werden.

Die Kernarbeitsnormenverordnung konkretisiert diese Verpflichtung zur Einhaltung von ILO-Normen durch den Auftragnehmer dann allerdings auf bestimmte Produkte. Wir haben 2011 diejenigen Produkte identifiziert, bei denen wir davon ausgingen, dass dort die Arbeitsbedingungen weltweit schlecht seien, also dass dort tatsächlich Probleme entstehen, die im Widerspruch zu den ILO-Kernarbeitsnormen stehen, und dass es zugleich Zertifikate gibt, die die Produzenten erwerben können – oder Produktionsvorgänge zertifizieren können –, bei denen Menschen sich bemühen, in Einklang mit den ILO-Kernarbeitsnormen zu produzieren. Diese Produkte sind Dienstkleidung, Natursteine, Tee, Kaffee, Kakao, Blumen, Spielwaren und Sportbälle.

Unsere Kernarbeitsnormenverordnung sieht vor, dass für diese Produktgruppen die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen verpflichtend vorzusehen ist. Es muss als ergänzende Vertragsbedingung im Leistungsverzeichnis darauf hingewiesen werden. Der Nachweis über die Einhaltung ist aber erst dann erforderlich, wenn die Waren tatsächlich geliefert werden. Allerdings ist bei Angebotsabgabe schon zu erklären, wie der Nachweis erbracht werden wird.

Mögliche Nachweise sind für uns Siegel, Label und Zertifikate, die wir in einer Liste benennen, die ich sogleich zeige. Es können auch gleichwertige Siegel, Label und Zertifikate vorgebracht werden. Nur dann, wenn es objektiv unmöglich ist, weil das Produkt nirgendwo zertifiziert hergestellt wird, reicht eine Eigenerklärung aus.

Wie viel Zeit habe ich noch? Ich habe nicht darauf geachtet.

Herr Vors. Abg. Weiner: Zwei Minuten. Bei diesem weiten Anreiseweg sind wir aber nicht so.

Frau Dr. Wiese: Gut, dann mache ich etwas schneller. Sie bekommen nachher die Folien, sodass Sie es sowieso nachlesen können. – Das sind die Zertifikate, die wir zulassen.

Jetzt komme ich zur Eigenerklärung, die, wie gesagt – jedenfalls dem Recht nach –, nur dann erlaubt ist, wenn für keinen der möglichen Lieferanten ein Zertifikat zu bekommen ist. Dann muss der Lieferant erklären, dass er bei der Gewinnung bzw. Herstellung der Ware die Vereinbarung zu den ergänzenden Vertragsbedingungen und Kernarbeitsnormen einhält.

Das reicht aber nicht aus. Der Auftragnehmer muss sich auch verpflichten, Informationen im Laufe der Vertragsvollziehung über die Gewinnung der Rohstoffe und Herstellung der Waren offenzulegen und unter Umständen auch eine Liste der hieran beteiligten Unternehmen vorzulegen. Das wiederum muss vom Auftraggeber nachgeprüft werden. Das ist die Überprüfung der Eigenerklärung nach Vertragsschluss. Die Bieter müssen sich also darauf gefasst machen, dass ihnen entsprechende Fragen gestellt werden.

Das ist das Recht in Bremen. Wie sieht es in der Praxis aus? Wir haben festgestellt, dass der Einkauf eine Herausforderung für die Praxis ist. Unsere Bürgerschaft hat schon 2008 entsprechende Ziele zum nachhaltigen Einkauf beschlossen. Das Gesetz kam dann 2009. Das Gesetz allein reicht aber nicht. Ich habe einmal das Stichwort Management bei Richtlinien aufgeschrieben. Wir brauchen viel Sensibilisierung, Betreuung und Beratung in der Praxis.

Da das etwas ist, das wahrscheinlich für die Kommunen relevanter ist, lasse ich das weg.

Es geht immer um den Aufbau zentraler Einkaufskapazitäten. Wir haben das in Bremen weitestgehend in einer Beschaffungsstelle gebündelt. Wir haben bei dieser Beschaffungsstelle ein Einkaufsvolumen von etwa 25 Millionen Euro im Jahr. Bei dieser für Land und Kommune gleichzeitig tätigen zentralen Beschaffungsstelle haben wir bislang bestimmte Produktbereiche gebündelt und sind dabei, das Sortiment, das diese eine Beschaffungsstelle, nämlich Immobilien Bremen, einkauft, zu erweitern.

Bei den ökologischen Zielen sind wir in der praktischen Umsetzung schon weiter als bei den sozialen Zielen. Alle Warensortimente, die von dieser zentralen Beschaffungsstelle für das Land in Rahmenverträgen eingekauft werden, haben einen Ökologisierungsprozess durchlaufen, sodass für jedes Produkt geprüft worden ist, ob es eine ökologische Alternative gibt und wenn ja, mit welchen Zertifikaten. Diese ökologische Alternative wird dann zumindest parallel zu dem Standardprodukt beschafft und in einzelnen Dienststellen über einen elektronischen Katalog angeboten.

Bei der Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen in der Praxis sind wir noch nicht so weit wie bei den ökologischen Kriterien, weil der Einkauf der festgelegten Produkte noch nicht so stark zentralisiert ist und auch, weil wir festgestellt haben, dass es nicht für jeden Bedarf eine Alternative unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen gibt.

Erfolge hatten wir insbesondere bei Möbeln, die wir flächendeckend beschaffen, indem wir FSC- oder PEFC-Zertifikate verlangen, also einen Nachweis über nachhaltigen Holzanbau.

Bei der Dienstkleidung sind wir schon relativ weit. Bei den meisten Ausschreibungen können wir tatsächlich ein Dienstkleidungsprodukt bekommen, das einen Nachweis hat, zum Beispiel eine Mitgliedschaft in der Fair Wear Foundation des Lieferanten.

Einen richtig schönen und großen Erfolg hatten wir 2013, als Dataport, Anstalt des öffentlichen Rechts und Dienstleister für IT und Beschaffung von Hardware für die norddeutschen Länder, eine Ausschreibung in Höhe von 60 Millionen Euro hatte und der Bieter sich verpflichten musste, ein Konzept darüber vorzulegen, wie er gedenkt, im Rahmen des Vertrages darauf hinzuwirken, dass ILO-Kernarbeitsnormen in der Produktion eingehalten werden, und sogar nicht nur die Kernarbeitsnormen, sondern auch noch weitere ILO-Übereinkommen.

Der Zuschlag ist Ende 2013 erteilt worden. Seitdem muss der Bieter, der den Zuschlag bekommen hat, also jetzt der Lieferant, halbjährlich darüber berichten, was er unternimmt, um diese Normen umzusetzen. Mein Kollege, der das IT-Referat bei uns leitet, und ich waren im März dieses Jahres bei Fujitsu in Augsburg, weil die meisten Produkte von Fujitsu kommen, und haben mit ihnen besprochen, wer die Lieferanten sind, wie sie auf ihre Lieferanten einwirken können und welche Informationen wir bekommen können.

Wir haben in Bremen diejenigen Mitarbeitenden, die mit der Beschaffung zu tun haben, sehr, sehr viel geschult. Wir haben versucht, durch Seminare und Ein-Tages-Veranstaltungen zu sensibilisieren. Wir haben immer wieder Beratung angeboten. Bremen war eine Weile lang Mitglied im Landmark-Projekt, das 2014 auslief, bei dem wir mit Kommunen in Spanien und Portugal zur sozialverantwortlichen Beschaffung zusammengearbeitet haben.

Wir befinden uns sehr viel im Austausch mit NGOs und anderen Kommunen und haben Unternehmensdialoge installiert. Das heißt, dass wir vor größeren Ausschreibungen Unternehmen einladen, die als Bieter infrage kommen, um uns mit ihnen darüber zu verständigen, ob sie die ILO-Kernarbeitsnormen einhalten können, wo es Schwierigkeiten gibt und wie wir die Ausschreibung gegebenenfalls entsprechend ausrichten müssen. So viel zum Unternehmensdialog. Dafür haben wir einen Gesprächsleitfaden entwickelt.

In Bremen haben wir gegenwärtig allerdings das Problem, dass wir gerade keine ganze Stelle für die Beschaffung mehr haben. Im Mai wird gewählt werden. Ich hoffe, dass sich das dann vielleicht wieder löst.

Es gibt ein Problem, das alle Länder betrifft: Es gibt nicht zu allen Produkten Alternativen, bei deren Herstellung ökologische Richtlinien und die ILO-Kernarbeitsnormen beachtet worden sind. Es hat sich aber gezeigt, dass durch die bisherigen Verwaltungsaktivitäten und die Rechtsvorgaben die Personen, die mit dem Einkauf zu tun haben, entsprechend sensibilisiert sind und sich dafür einsetzen, dass die Umstellung des Einkaufs tatsächlich als Ziel erhalten bleibt. Es handelt sich nämlich um einen Umstellungsprozess, der nur in vielen kleinen Schritten und mit ganz engagierten Mitarbeitenden erfolgen kann. Damit bin ich bei der Beschaffung am Ende.

Noch ein paar Worte zu dem Friedhofsgesetz und den Handelsübereinkommen: In Bremen haben wir im Friedhofsgesetz festgeschrieben, dass die Satzungsgeber, also sowohl die Kirchen als auch die Stadt, die für die Friedhöfe zuständig sind, das Recht haben, eine Satzung zu erlassen, dass Grabsteine nur aus fairem Einkauf und mit dem Nachweis, dass sie ohne Kinderarbeit hergestellt worden sind, auf Friedhöfen aufgestellt werden dürfen. Bislang gibt es aber noch keine entsprechende Satzung.

Rechtlich hat das Bundesverwaltungsgericht jedenfalls gesagt, dass eine solche Vorschrift im Gesetz zulässig ist. Es stellt sich sicherlich auch das Problem der Zertifikate, ähnlich wie beim öffentlichen Einkauf, wobei ich das für ein lösbares Problem halte. Je stärker die Nachfrage nach entsprechenden Steinen ist, desto eher werden sich Zertifizierungsorganisationen, Importeure und Steinbruchbetreiber finden, die entsprechend produzieren.

Ähnlich wie meine Vorrednerin denke ich, dass nicht mehr nur verlangt werden darf, dass die Steine ohne Kinderarbeit gewonnen worden sind, sondern dass darüber hinaus ILO-Normen verlangt werden müssen. Ich denke aber, es reicht nicht aus, dass man auf die Einhaltung von ILO-Kernarbeitsnormen beim Einkauf oder in Friedhofssatzungen drängt, sondern die EU ist die richtige Ansprechenebene, so dass ich Ihren Punkt sehr begrüße, dass das bei den Handelsabkommen mit verhandelt werden soll.

Die EU hat zudem mit der Offenlegungsrichtlinie einen ersten Schritt getan, dass Unternehmen verpflichtet werden sollen, in den Geschäftsberichten bzw. Jahresabschlussberichten auch über soziale und ökologische Performance Auskunft zu geben. Zudem ist in der EU gerade ein Importstopp für Rohstoffkonfliktmineralien in Verhandlung. Ich denke, dass die Bundesregierung und auch die Länder über den Bundesrat oder ihre Vertretungen in Brüssel mit darauf einwirken sollten, dass für bestimmte Produkte unter Umständen Einfuhrstopps verhängt werden.

Danke.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Weiner: Herzlichen Dank für die sehr anschauliche Präsentation. Wir werden es gerade noch schaffen, dass wir den letzten Anzuhörenden, Herrn Bürgermeister Axel Haas, noch alle in dieser Runde hören können. Frau Staatssekretärin Kraege hat vorhin gesagt, dass sie gegen 15:20 Uhr zum nächsten Termin muss. Es ist noch eine Delegation aus Lettland in Mainz. Ich bitte also, sie zu entschuldigen, wenn sie ein bisschen früher geht. Wir haben dann noch ein paar Minuten Zeit, um Fragen zu stellen.

Bitte schön, Herr Bürgermeister Haas. Eine schriftliche Stellungnahme liegt uns vor – Vorlage 16/5145 –.

Herr Bürgermeister Axel Haas
Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebunds
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände

Herr Haas: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich werde mit Sicherheit die Zeitvorgabe einhalten. Die schriftliche Stellungnahme liegt schließlich vor. Ich werde darauf verzichten, noch etwas dazu zu sagen. Ich möchte stattdessen zwei oder drei Beispiele nennen, wie so etwas in der Praxis läuft, wie man die Menschen vor Ort mitnehmen und das Verständnis vor Ort wecken kann. Man kann Gesetze, Regeln und Anlaufstellen schaffen. Wie nehme ich aber den Menschen vor Ort eigentlich mit?

Ich möchte zwei Projekte nennen. Wir haben bei uns in der Verbandsgemeinde einen Arbeitskreis Jugend im Rahmen der Lokalen Agenda 2002 gegründet. Dort haben wir seit letztem Jahr ein Projekt dabei, das sich „Start Life – Organization Obowo Local Government Area Imo State, Nigeria“ nennt. Es gibt eine Nigerianerin, die seit über 30 Jahren in Kirchheimbolanden wohnt. Sie hat einen nicht eingetragenen Verein, macht bei den Festen mit, dann gibt es ein bisschen Geld, und das bringt sie nach Nigeria.

Was haben sie dort gemacht? Dort haben sich drei Dörfer zusammengetan, ein Grundstück gekauft und eine Schule gebaut. Sie sind jetzt dabei, ein Ausbildungszentrum zu bauen, die Wasserversorgung und die Stromversorgung sicherzustellen. All das, was für uns normal ist, ist dort nicht normal. Lehrerinnen sollen vorhanden sein, Kinder sollen betreut werden.

Darum geht es in diesem Projekt, das wir beim Arbeitskreis Jugend haben und mit diesem Arbeitskreis sowie der Verbandsgemeinde unterstützen. Wir wollen dort nach dem Motto „Bildung schafft Zukunft“ Verständnis wecken und über Veranstaltungen Einnahmen erzielen, die dann dorthin gehen, wo man einen Nachweis bekommt, was mit dem Geld gemacht wird. Das wird immer wieder dokumentiert und uns bewiesen.

Ganz, ganz wichtig ist auch, dass das nicht einfach nur so läuft, sondern dass wir über den Arbeitskreis Jugend auch die Menschen vor Ort beteiligen. An dieser Stelle komme ich dazu, wie man die Menschen mitnimmt. Wir haben in diesem Projekt eine Grundschule und einen Kindergarten bei uns, die das Ganze mit bearbeiten. Das heißt, dort finden regelmäßig Veranstaltungen statt. Dort wird das bekannt gemacht und herübergebracht. Dort ist Frau Stevens dabei, dort sind wir dabei, und auch der Bürgermeister steht im Laden und kann das erklären.

Das ist etwas, bei dem die Menschen einen ganz anderen Eindruck bekommen, bei dem sie mitmachen und bereit sind, zum Beispiel monatlich 10 Euro zu zahlen, damit ein Kind in Nigeria in dieser Grundschule, im Kindergarten oder im Ausbildungszentrum betreut wird. Das ist das eine Projekt.

Das andere Projekt ist in Namibia. Dort geht es um ein Freiwilligenjahr. Eine Abiturientin hat überlegt, was sie machen kann. Das haben wir auch in diesem Arbeitskreis mit aufgenommen. Sie ist jetzt über das Rote Kreuz Volunta in Hessen für ein Jahr als schulische Assistenz in Namibia. Auch dort haben wir eine Verknüpfung zu unserer Realschule plus hergestellt. Auch das wird dort immer bekannt gegeben.

Wenn sie hier ist, gibt sie ihre Arbeit und das, was sie dort macht, bekannt und schildert die Situation. Dann verstehen die Kinder es. Das ist besser. Wenn ein 60-jähriger Bürgermeister ihnen etwas erklärt, ist es etwas anderes, als wenn eine 17-jährige Abiturientin dort steht und sagt, so und so ist es dort. Sie macht auch Werbung: Jetzt machen wir Sammlungen für die Kinder. Damit werden verschiedene Familien unterstützt. Das sind Beispiele, wie man die Menschen vor Ort mitnehmen kann.

Ganz, ganz wichtig bei all diesen Projekten ist – Frau Dr. Stein sitzt auch hier –, dass Sie eine Beratung haben, dass Sie vor Ort wissen, an wen man sich wenden kann und wer hilft, wenn es irgendwo klemmt, oder wie man weitermacht und alles richtig macht. Wir haben mit Frau Dr. Stein – ich nenne sie einmal namentlich – unsere Ansprechpartnerin, mithilfe vom Land, wozu uns Unterstützung gewährt wird.

Ein weiteres, drittes Beispiel als Abschluss ist Fair Trade, Fairer Handel. Wir haben uns jetzt auch auf diesen Weg gegeben. Die Stadt Kirchheimbolanden hat einen Stadtratsbeschluss gefasst. Das ma-

chen viele Kommunen, ich nenne es nur beispielhaft. Dort gibt es jetzt eine Arbeitsgruppe, die sich treffen wird. Wir wollen dann – auch als Verwaltung – auf dem Gebiet Fairer Handel weitermachen, wie man das alles entsprechend umsetzen kann. Vor allem ist es immer wichtig, lieber langsame Schritte zu machen und die Menschen vor Ort alle mitzunehmen, sodass das Verständnis vorhanden ist. Dann kommt es vielleicht auch einmal zu einem Umdenken vor Ort.

Das ist das, was ich Ihnen heute, in der Kürze der Zeit, mitgeben wollte, als Beispiel vor Ort zu dem, was wir Ihnen als Stellungnahme von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände schon mitgeteilt haben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Weiner: Herzlichen Dank. Das war kurz und pragmatisch, und wir haben ein bisschen Zeit für die Diskussion gewonnen.

Zum weiteren Prozedere: Es ist üblich, dass bei Anhörungen noch keine Ergebnisse oder endgültigen Stellungnahmen abgegeben werden, sondern wir sind heute hier, um Sie anzuhören. Wir werden in der kommenden Sitzung am 26. Mai 2015 die Ergebnisse, wenn sie schriftlich im Protokoll vorliegen, das in der Zwischenzeit gefertigt wird, auswerten und dann noch einmal diskutieren.

Dann wird vielleicht geprüft, ob die Anträge, die gestellt sind, noch einmal abgeändert werden oder es zu einer Annäherung der beiden Anträge kommt. Das ist das parlamentarische Verfahren. Dann kommen die Anträge voraussichtlich in der Plenarsitzung am 1. und 2. Juli 2015 wieder ins Plenum. Es heißt Europäisches Jahr, und so sind wir nicht unter Zeitdruck. Wenn die Diskussion das Parlament zumindest im ersten Halbjahr beschäftigt, hat es vielleicht auch die entsprechende Dauerwirkung.

Wir beginnen nun mit der Diskussion. Wir machen eine Runde, in der wir Fragen zusammenfassen. Dieter Klöckner macht den Anfang.

Herr Abg. Klöckner: Die Anhörung hat gezeigt, dass wir die richtigen Menschen eingeladen haben. Das ist meine persönliche Meinung, aber ich denke, das ist auch der Eindruck der anderen. Wir haben sehr, sehr viele Anregungen bekommen. Ich habe jede Menge mitgeschrieben. Wir bekommen auch die Folien von Frau Dr. Wiese noch. Sie alle werden wir noch einmal ausführlich sichten und das, was wir von hier mitnehmen, mit einarbeiten.

Ich wollte an dieser Stelle zwei Dinge vorweg sagen, bevor ich Fragen stelle. Es ist mir gesagt worden, Rheinland-Pfalz macht doch ganz tolle Arbeit mit Ruanda. Warum war das nicht im Antrag enthalten, und warum war das heute kein Thema? – Ganz einfach, ich habe zur Antwort gegeben – und das sage ich jetzt auch hier –: Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda ist ein Alleinstellungsmerkmal. Dort haben wir so viel konkrete Arbeit, die wir schon machen. Wir haben sie wirklich schon erschöpfend durchgesprochen. Das passt aus meiner Sicht auch nicht unbedingt in diesen Rahmen hinein.

Ich wollte eines noch sagen. Herr Haas, eingehend auf eine schriftliche Stellungnahme von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände: Dort steht am Schluss als kleine Kritik, Sie hätten vermisst, dass in dem Antrag nichts über die Flüchtlingsfrage geschrieben steht, die im Moment tatsächlich alle Kommunen sowie das Land und den Bund betrifft.

Dazu muss ich sagen, bei uns wird sehr, sehr ausgiebig darüber diskutiert, auch in den entsprechenden Ausschüssen. Das ist eines der Hauptthemen, die das Land im Moment – wie andere natürlich auch – beschäftigen. Ich möchte aufgreifen, was in dieser Runde schon gesagt wurde: Gerade durch das, was wir in Sachen Entwicklungsarbeit leisten können, können wir verhindern, dass Flüchtlingsströme in diesem Maße nach Europa und nach Deutschland kommen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Was sich sicherlich herausgestellt hat und was mir aufgefallen ist, ist das Thema – ohne jetzt einem Ergebnis vorzugreifen –, dass wir irgendwo eine Koordinierung brauchen, eine Art Lenkungsausschuss, nennen wir es einmal so, oder Beirat, wie auch immer, in dem die zuständigen und die betroffenen Menschen in einem bestimmten Intervall zusammenkommen und die entwicklungspolitischen Fragen bearbeiten. Wir haben nämlich gesagt, unser Antrag soll zunächst nur eine Initialzündung sein. Das wird für uns eine Daueraufgabe sein.

Die entscheidende Frage, die auch klar ist, ist die Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen. Wir haben uns das sowieso schon auf die Fahne geschrieben. Barbara Mittler von ELAN weiß auch, dass wir dort in jedem Fall vorgehen wollen. Wir haben heute sehr interessante Anleitungen und Tipps bekommen, wie wir in dieser Frage verfahren können.

Ich habe eine Frage. Viele haben Angst vor dem Bürokratieaufwand, wenn ein neues Gremium geschaffen wird. Ich würde das gerne aus der Praxis von Kommune und Land wissen. Sie sind Vertreterin des Landes Bremen, nicht der Kommune. Insofern war es uns wichtig, dass man dort ein bisschen vergleichen kann. Wie ist das mit dem Bürokratieaufwand? Das würde mich interessieren.

Zur Frage des Personals: Sie haben es nur einmal kurz angedeutet. Was braucht man dort im Grunde genommen an Personal? Die finanziellen Ressourcen spielen dann auch eine Rolle.

Herr Abg. Seekatz: Auch von meiner Seite aus ein herzliches Dankeschön an Sie alle, dass Sie heute die Zeit gefunden haben.

Ich habe eine Frage an Herrn Bürgermeister Haas. Herr Haas, was halten Sie davon, dass wir im öffentlichen Beschaffungswesen die Forderung aufstellen, dass die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden? Was bedeutet das für Sie, für Ihre Verwaltung und für die kommunale Familie?

Eine Frage an Frau Dr. Wiese: Frau Dr. Wiese, Sie sagten, im Moment sei noch keine Satzung bezüglich der Grabsteine bei Ihnen erlassen worden. Wir haben eine schriftliche Stellungnahme von der Handwerkskammer Koblenz, von der heute leider niemand hier sein kann. Darin zitieren sie ein Urteil vom Bundesverwaltungsgericht, wonach sie große Probleme damit haben. Hängt das vielleicht damit zusammen, dass bei Ihnen noch keiner diese Satzung erlassen hat? Außerdem würde mich Ihre Stellungnahme zu dem Urteil interessieren. Danke.

Herr Abg. Johnen: Auch von unserer Seite vielen Dank an die Anzuhörenden. Wir haben gerade sehr viel erfahren, wer was macht, von der Fair-Trade-Stadt, von Kirchheimbolanden, über die Grabsteine bis hin zu Handelsabkommen, Initiativen in Trier usw. Die Handelsabkommen sind heute schon mehrmals gefallen. Im Moment sprechen wir in der öffentlichen Wahrnehmung über TTIP, CETA und TiSA und über Handelsabkommen zwischen der EU und Westafrika sowie TPP im asiatischen Raum. Wir haben hier sehr viele Initiativen. Sie haben gerade die Grabsteine und das Vergaberecht angesprochen.

Meine Frage geht an alle bzw. an die, die sich bemüßigt fühlen, mir zu antworten. Die Handelsabkommen, die im Moment zur Diskussion und in der Debatte stehen, behindern aus meiner Sicht genau das Vorhaben, das Sie alle betreiben. Ich weiß nicht, ob meine Einschätzung dazu richtig ist, ich gehe aber davon aus, dass sie nicht ganz falsch ist. Genau diese behindern nämlich zum Beispiel die ILO-Kernarbeitsnormen, weil die USA sie gar nicht akzeptiert.

Bei dem TTIP-Abkommen zwischen den USA und Europa weiß ich nicht, wie es sich auf das TPP-Abkommen und das Abkommen zwischen der EU und Westafrika auswirkt. In Westafrika gehen die Menschen übrigens auf die Straße, da sie um ihre Subsistenzwirtschaft fürchten, wenn wir sie mit Sachen überschütten.

Wie ist Ihre Einschätzung, dass diese sogenannten Freihandelsabkommen im Moment die Arbeit, die Sie bis jetzt geleistet haben und in Zukunft leisten wollen, Ihre Initiativen, Ihre Projekte, behindern und ad absurdum führen, da sie letztendlich nicht mehr greifen, weil diese Handelsabkommen uns ganz andere Vorgaben bescheren werden oder können?

Herr Vors. Abg. Weiner: An wen ging Ihre Frage?

Herr Abg. Johnen: Im Grunde genommen an alle bzw. an den, der sich in der Lage sieht oder bemüht fühlt zu antworten.

Herr Vors. Abg. Weiner: Dann fangen wir diesmal in umgekehrter Reihenfolge an. Herr Haas wurde auch angesprochen. Machen Sie bitte den Anfang.

Herr Haas: Zur Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen: Man kann vor Ort noch so viele Ideen haben. Man braucht aber oben drüber jemanden, den man ansprechen kann, der die rechtlichen Voraussetzungen hat und weiterhelfen kann. Ich denke, dass es ganz, ganz wichtig ist, einen Ansprechpartner zu haben. Deswegen habe ich vorhin das Beispiel mit Frau Dr. Stein genannt.

Vieles ist zu beachten. Sie brauchen eine gewisse Norm, eine Regel und eine Einrichtung, bei der Sie sagen können, dort habe ich einen Ansprechpartner, dort kann ich mir Hilfe holen. Ich bin dann derjenige, der der Mittler ist zwischen dem, was dort gemacht und verlangt wird, und dem Mitnehmen der Menschen vor Ort.

Frau Dr. Wiese: Der Reihe nach: Zum einen gab es die Frage nach der Bürokratie eines Gremiums. Wir haben in Bremen kein solches Gremium, wie es hier gefordert wird. Deswegen kann ich dazu nichts Genaues sagen. Was wir allerdings seit 2011 haben, ist ein Beirat für nachhaltiges Verwaltungshandeln, in dem Ressortmitarbeitende, NGOs, die Arbeitnehmerkammer, die Handelskammer und Wissenschaftler sitzen. Dieser Beirat hatte die Aufgabe, die Senatorin für Finanzen vor allem darin zu beraten, wie die öffentliche Beschaffung umgesetzt werden kann. Dieser hat sich allerdings zuletzt nicht mehr getroffen, weil einiges schon auf den Weg gebracht worden ist. Wie das jetzt nach der Wahl sein wird, weiß ich nicht.

Zum Personal: Es braucht meines Erachtens unbedingt eine Beratungsstelle, eine zentrale Vergabekompetenzstelle, in der Wissen zu sozialen und ökologischen Kriterien – und das sollte zusammen gedacht werden – verankert ist. Es dauert nämlich sicherlich Jahre, bis das Wissen bei den einzelnen Vergabestellen so weit verankert ist, dass es keiner Beratung mehr bedarf. In Bremen sind wir gerade dabei, eine zentrale Vergabekompetenzstelle aufzubauen. Ich hoffe, die Frage nach dem Personal ist damit beantwortet. In Bremen haben wir aufgrund von Haushaltsnotlagen Probleme damit.

Zur Friedhofssatzung: Das Bundesverwaltungsgericht hat nicht gesagt, dass es gar nicht zulässig sei, gesetzlich zu verlangen oder Friedhofsbetreiber zu ermächtigen, in Satzungen entsprechend zu verankern, dass auf Friedhöfen nur Grabsteine, die nachweisbar ohne Kinderarbeit hergestellt worden sind, stehen.

Das Verwaltungsgericht hat in diesem Fall die konkrete Satzung der Stadt Nürnberg nicht für verfassungsmäßig erklärt. Allerdings hat Bayern auch kein entsprechendes Gesetz. Das war das Hauptproblem.

Zudem hat das Bundesverwaltungsgericht angegriffen, dass nicht hinreichend klar war, welche Nachweise zulässig sind. In Bremen haben wir aber eine entsprechende Formulierung im Gesetz. Da ich in Bremen fachlich nicht dafür zuständig bin, kann ich nicht genau sagen, warum wir noch nicht die entsprechende Satzung haben.

Ein Grund, der gar nichts mit der Beschaffung zu tun hat, ist allerdings folgender: Wir haben gerade sehr viel im Bestattungswesen geändert. Bei uns ist die Urnenbestattung geändert worden. Man kann Urnen jetzt privat bestatten. In diesem ganzen Bestattungswesen in Bremen war schon so viel Aufbruch, dass dieser Punkt fürs Erste noch nicht wieder angegangen worden ist.

Zu den Freihandelsabkommen: Ich bin nicht hinreichend Expertin dafür, um das umfassend zu beantworten. Ich denke eher, es ist so, wie Sie denken. Es gibt diverse Berichte über Schiedsgerichtsabkommen, wo genau das passiert ist.

Es gab südamerikanische oder asiatische Länder, die stärkere Menschenrechtsstandards in ihren nationalen Gesetzen verankern wollten. Die Unternehmen aus den Ländern, die Vertragspartner eines solchen Schiedsgerichtsabkommens waren, hatten dann die Möglichkeit, auf Schadensersatz vor den dortigen Gerichten oder vor dem Schiedsgericht zu klagen. Insofern halte ich diese Handelsabkommen auch mit Blick auf die Verankerung oder Umsetzung von Menschenrechten für problematisch.

Herr Vors. Abg. Weiner: Möchte noch jemand auf die Fragen antworten?

Herr Jensen: Ich würde vielleicht zwei oder drei kurze Anmerkungen machen. Der Bürokratieaufwand wird zu Recht immer wieder thematisiert. Wir müssen ihn immer wieder infrage stellen. Ich sage aber jetzt einmal ein bisschen überspitzt: Wenn etwas in einem positiven Sinne zur Gewohnheit wird, das heißt, die Kompetenz ist überall verankert, die Regelungen sind klar, dann kann man doch nicht mehr von mehr Bürokratie sprechen.

Natürlich ist es einfacher, wenn man einfach bestellt, ohne zu hinterfragen, ob Kinder dabei waren oder nicht. Jedes Nachdenken aus Menschenrechtsgründen bedeutet mehr Aufwand. Ich denke aber, das ist es uns allen wert.

Bezüglich der ILO-Arbeitsnormen: Ich glaube, dass sich die Frage in ein oder zwei Jahren gar nicht mehr stellen wird, weil wir das dann umsetzen müssen. Je früher wir das tun, umso besser für die Betroffenen. Gleichzeitig nehmen wir dann etwas vorweg, das kommen wird, so, wie uns auch heute einiges ganz normal erscheint, was in der Vergangenheit neu in unsere – nicht nur kommunale – Praxis gekommen ist.

Ich will noch etwas zu den Friedhöfen sagen. Wir haben eine Reihe von Steinmetzen im Trierer Raum, die sich eine Selbstverpflichtung auferlegt haben, die aber immer wieder darauf drängen – zu Recht, und nicht nur bei der Kammer, auch bei Abgeordneten und so –, dass es eine grundsätzliche Regelung gibt, weil sie durch ihre Menschenfreundlichkeit ökonomisch benachteiligt werden. Sie werden diskriminiert, weil das andere einfach billiger ist. Sie sagen auch: Meine Menschlichkeit halte ich bis zu einem bestimmten Punkt durch, aber nicht bis zum Ende. – Insofern sollten wir im Interesse des Handwerks alle bemüht sein, möglichst schnell eine klare Regelung zu finden.

Ein letzter Satz zu den Handelsabkommen: Das wird die politische Kunst der nächsten Monate – und ich denke, auch der nächsten Jahre – sein, dass alles dafür getan wird, dass keine Handelsabkommen abgeschlossen werden, die gegen Regelungen verstoßen, zu denen wir uns schon rechtlich – nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich – bekannt haben. Für ein Handelsabkommen, das die ILO-Normen infrage stellt, darf es im Bundestag keine Mehrheit geben.

Herr Abg. Seekatz: Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Haas. Vielleicht habe ich mich vorhin auch nicht klar ausgedrückt. Wir haben auf der kommunalen Ebene überall große Finanzprobleme. Das ist nichts Neues. Das weiß auch Herr Jensen aus dem Bereich Trier. Alle Großstädte lechzen.

Das hat nichts damit zu tun, ob man dafür oder dagegen ist, was diese Arbeitsnormen, gerade die ILO-Normen, angeht. Ich kenne es aber aus der kommunalen Familie: Wenn wir auf Landesebene irgendetwas machen, das hinterher Mehrkosten verursacht – und davon können wir einmal ausgehen, wenn das mit ILO beschlossen werden sollte, dass es bei der Beschaffung Mehrkosten verursachen wird –, kommt aus der kommunalen Familie immer sehr schnell die Forderung, liebes Land, du hast das so beschlossen, jetzt komm auch für die Mehrkosten auf.

Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht? Die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft ist nämlich sehr dünn. Das können Sie Winfried Manns gerne so ausrichten. Das hat schon gewisse Auswirkungen, wenn so etwas kommt. Darum geht es mir, dass wir das klar und deutlich sagen, nicht, dass es hinterher heißt, wenn es gemacht ist: Liebes Land, dann leg aber bitte noch ein paar Euro auf den Tisch, weil es uns erhebliche Mehrkosten im Bereich der Beschaffung verursacht.

Frau Dr. Wiese, ich würde von Ihnen gerne eine Einschätzung dazu haben. Haben Sie dazu Erkenntnisse? Ich glaube, bei der Berufskleidung zum Beispiel sagten Sie, dort ist es ganz gut nachvollziehbar, dort bekommt man es mit einer relativ lückenlosen Aufzählung, wo die Materialien herkommen, hin. Haben Sie dort Erkenntnisse, was die Mehrkosten angeht, oder ist es vielleicht gar nicht so schlimm wie befürchtet?

Herr Vors. Abg. Weiner: Im Moment sind die Mehrkosten wohl noch eine freiwillige Leistung. Das muss auf die entsprechende Grundlage gestellt werden – so habe ich die Frage verstanden –, dass es von oben überhaupt genehmigt wird bzw. dass das Land diese Mehrkosten, wenn es den Kommunen das auferlegt, übernimmt.

Herr Abg. Seekatz: Ich wollte einfach nur eine Einschätzung haben.

Herr Vors. Abg. Weiner: In Ordnung. – Bitte schön, Herr Haas, dann Frau Dr. Wiese.

Herr Haas: Das ist natürlich schwierig. Die finanzielle Situation ist schon bekannt. Das ist klar. Das ist richtig. Die Frage ist das Verständnis. Welches Verständnis haben wir für diese ganze Situation? Ist es möglich, dass dort alle an einem Strang ziehen und es dann nicht wieder die Diskussion gibt, dass der eine auf der einen Seite steht und der andere mit dem Konnexitätsprinzip kommt und mehr Geld haben will? Das ist schon richtig.

Wir haben das einmal offen gelassen, weil es in der Diskussion gegensätzliche Meinungen auch innerhalb der kommunalen Familie gibt. Ich vertrete zum Beispiel die Meinung, man muss dort solche Dinge außen vor lassen. Hier geht es in erster Linie um Menschen und weniger darum, wie ich noch einen Mehrbetrag an Geld oder sonst etwas bekommen kann. Dazu gibt es aber auch gegensätzliche Meinungen innerhalb der kommunalen Familie.

Herr Abg. Seekatz: Das ist wichtig für das Protokoll.

Herr Vors. Abg. Weiner: Herr Seekatz ist auch Bürgermeister. Das muss man wissen.

Herr Abg. Seekatz: Darum geht es nicht.

Frau Dr. Wiese: Zu den befürchteten Mehrkosten einer nachhaltigen Beschaffung: Ich habe keine genauen, dafür aber annähernde Erkenntnisse. Das eine ist, dass wir in Bremen zeitgleich mit der Umstellung auf stärkere Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien überhaupt den Einkauf reformiert und Einsparungspotenziale ausgenutzt haben. Durch Bündelung, Abbau von Vergabestellen und größere Rahmenverträge hatten wir Einsparpotenziale, sodass das, was aufgrund von sozialen und ökologischen Kriterien eventuell an Mehrkosten vorhanden war, wieder kompensiert worden ist.

Zudem ist es schwer feststellbar. Ein zu beschaffendes Produkt hat nicht einen Preis im Einkaufskatalog, sondern bestimmt sich nach dem Angebotspreis in der Ausschreibung. Das, was wir dort als Preis aushandeln, hängt immer ab von den Kriterien und von der Menge, die wir verlangen, von der Konkurrenz der Bietenden usw. Insofern lässt es sich auch deswegen nicht genau bestimmen.

Es ist auch produktabhängig, zum Beispiel bei der Dienstkleidung, die Sie ansprachen. Das ist vor allen Dingen Dienstkleidung, die wir kaufen, zum Beispiel Schutzkleidung für Mitarbeitende aus dem Umweltbetrieb im Außendienst. Das ist ein relativ komplexer Nähvorgang. Diese Kleidung war vorher auch nicht billig. Wir haben jetzt ein Unternehmen, das sich von der Fair Wear Foundation zertifizieren lassen hat. Das ist im Vergleich nicht teurer, weil es dort nie Billigproduktionen gab.

Anders ist das allerdings bei einer Ausschreibung, die wir für Krankenhauswäsche, bei der sogenannten Flachwäsche, den Handtüchern, Bettlaken usw., vorbereitet haben. Das ist Billigproduktion, weil die Nähvorgänge nicht aufwändig sind. Wir hatten einen Unternehmensdialog, wie ich ihn vorgestellt habe, bei dem sich Unternehmen, die für die Ausschreibung infrage kamen, vorgestellt haben. Dort waren solche dabei, die schon zertifizierte Produkte anbieten, und andere, die das nicht tun. Ich konnte die Ausschreibung nicht bis zum Ende begleiten. Ich hatte dort den Eindruck, dass es durch diese geplante Ausschreibung zu Mehrkosten kommen wird.

Bei der Computerhardware-Ausschreibung, von der ich berichtet habe, sind noch keine Mehrkosten entstanden, weil wir noch keine zertifizierten Produkte bekommen, sondern „nur“ Berichte des Lieferanten und jetzt auch Berichte des Hauptproduzenten Fujitsu. Hardware ist ein Produkt mit sehr, sehr großen Gewinnmargen für Hersteller und Lieferanten, sodass sich die Frage stellt, an wen die Mehrkosten letztlich abgegeben werden, sofern sie entstehen.

Frau Abg. Nabinger: Ich bitte um eine Einschätzung von allen, die vorgetragen haben. Wir haben noch nicht über Endverbraucher oder diejenigen, die erkennen, was die Verwaltung oder die Gemeinden und Kommunen so machen, gesprochen, und zwar sind das die Bürgerinnen und Bürger. Für

mich ist eine Aufklärungskampagne – warum, weshalb, wieso –, auch für das eigene Kaufverständnis, sehr wichtig. Ich wünsche mir mehr Aufklärung der breiten Öffentlichkeit.

Herr Seekatz hat vielleicht weniger Probleme, in seinem Gemeinderat einmal über solche Sachen zu diskutieren, und nicht so viel Ängste davor.

Ich finde, es muss einfach klargemacht werden, dass Produkte aus menschenverachtenden Produktionen verwerflich sind. Man muss von dieser „Geiz ist geil“-Mentalität wegkommen.

Herr Abg. Klöckner: Ich habe gerade in diesem Zusammenhang noch eine Frage. Es geht in der Tat nicht um das politische Handeln allein, sondern auch um eine Sensibilisierung der Bevölkerung, der Zivilgesellschaft, wie man so schön sagt.

Meine Frage geht an Frau Mittler. Das ist doch sicherlich ein großer Aufgabenbereich für die Promotoren. Könnten Sie dort vielleicht kurz einige Schwerpunkte nennen?

Frau Abg. Rauschkolb: Ich habe eine Frage zur Kosten-Nutzen-Rechnung. Ich bin kein großer Fan einer Kosten-Nutzen-Rechnung des Ganzen, weil ich mir denke – vielleicht kann das einer von Ihnen beantworten –, dass die Kosten, die wir dann als Mehrkosten haben, in einem anderen Sinne vielleicht weniger Kosten verursachen, weil man nachhaltig die Lebensumstände der Menschen verbessert.

Das ist im Prinzip alles ein ganzer Kreislauf, was ich auch als kommunale Integrationsbeauftragte sehe, die viel mit Flüchtlingen zu tun hat. Wenn die Lebensumstände verbessert werden können, zum Beispiel durch die Einhaltung der Normen, können wir dort eventuell wieder Kosten einsparen, indem wir den Menschen nachhaltig helfen können.

An dieser Stelle bitte ich um eine kurze Einschätzung. Immer nur über Mehrkosten und mehr Bürokratie zu sprechen, ist mir in dieser Sache ein bisschen zu eindimensional.

Ich kann Dieter Klöckner mit der Sensibilisierung unterstützen, die natürlich auch mit den Fairtrade-Siegeln wie jetzt in Kirchheimbolanden einhergeht. Auch in Eisenberg, wo ich im Stadtrat bin, haben wir sehr gute Erfahrungen damit gemacht, um Schulen und Kitas mit einzubinden und ein bisschen zu sensibilisieren, auch für die Gründe und dafür, wo die Menschen leben, warum sie zu uns kommen und wie die Umstände sind. Das wollte ich noch hinzufügen.

Herr Vors. Abg. Weiner: Ich schaue noch einmal in die Runde. Das waren jetzt schon kleine Stellungnahmen, die wir abgegeben haben. – Ich möchte mich bei Ihnen allen recht herzlich bedanken, die Sie den – zum Teil weiten – Weg auf sich genommen haben.

Herr Abg. Klöckner: Ich hatte noch eine Frage an Frau Mittler.

Herr Vors. Abg. Weiner: Ach so, ja. Bitte schön.

Frau Mittler: Ganz kurz: Die letzten zwei Beiträge waren meines Erachtens – danke schön – eine Steilvorlage für das Promotorenprogramm im Land. Ich habe vorher erwähnt, es sind 1,34 Stellen, die wir für Promotoren im Moment noch haben. Es wäre natürlich wunderbar, wenn wir in jeder Region in Rheinland-Pfalz einen solchen Promotor hätten, der für Gemeinden und Kommunen bereitstehen würde und fortbilden, weiterbilden und Multiplikatoren ausbilden könnte. So weit sind wir leider noch nicht, vielleicht aber mithilfe der Landesregierung bald.

Danke schön.

Herr Vors. Abg. Weiner: Ich schaue noch einmal in die Runde. Bevor ich jemanden übersehen habe, möge er sich melden. – Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Anzuhörenden, dass Sie den Weg auf sich genommen und sich die Arbeit gemacht haben, die Stellungnahmen vorzubereiten und hier vorzutragen. Ich bedanke mich im Voraus bei Ihnen, dass Sie uns die Folien zur Verfügung stellen. Bitte nicht vergessen.

32. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 28.04.2015
– Öffentliche Sitzung –

Ich möchte das Thema heute ganz kurz zusammenfassen: Der gute Wille ist bei allen da. Es ist ein Problem der Umsetzung, und daran müssen wir dieses Jahr noch kräftig arbeiten.

Wir sehen uns am 26. Mai 2015 zur nächsten Ausschusssitzung wieder. Dann werden wir über die Anhörung debattieren und die Anträge, die heute vertagt worden sind, beraten.

Herzlichen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Tagesordnungspunkt – Drucksache 16/4515; dazu: Drucksache 16/4550 – wird zur Auswertung auf die Sitzung am 26. Mai 2015 vertagt.

gez.: Patzwaldt

Protokollführerin

ELEKTRONISCHE FASSUNG